

Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien zum Thema „Quo vadis, Lehrerbildung?“ am 31.08.2018

Martin Böhne, Landessprecher des BAK, begrüßt alle Anwesenden und leitet zur Podiumsdiskussion über, indem er die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen von Bildung in der heutigen Gesellschaft skizziert.

Begrüßt werden die bildungspolitische Sprecherinnen und Sprecher der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien

Herr Steinraths, CDU

Herr Degen, SPD

Herr Wagner, Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Greilich, FDP

Frau Faulhaber, Die Linke

Herr Hanack, Moderator

H. Hanack: Schwerpunkt Lehrerbildung – Stichworte zweiphasige Lehrerbildung, 21 Monate – Veränderungen? Was bleibt?

H. Steinraths: CDU wird an der Staatsprüfung festhalten, ist mit dem Status Quo zufrieden, die Zweiphasigkeit hat sich bewährt, Herausforderungen wie Digitalisierung und Fortbildungen müssen neu gedacht werden, dafür sollten neue Programme aufgelegt werden, aber auch Förderung der Handschrift weiterhin Thema ebenso wie die Rechtschreibung, sieht die Zukunft in der Bereitstellung von Clouds und erleichterten Zugriff auf Datenbanken, an den 21 Monaten wird festgehalten, haben sich bewährt

H. Wagner: Die Grünen wollen die Struktur grundsätzlich nicht ändern, sind davon überzeugt, nur die universitäre Ausbildung für das Lehramt an Grundschulen müsste verändert werden, aktuelle Inhalte sollen stärker verankert werden, aber nicht zur Überforderung führen, im Grundschulbereich soll der Fokus stärker auf Inklusion, Ganztage, Arbeiten im Team gelegt werden

H. Degen: SPD möchte betonen, dass an den Studienseminaren in den letzten Jahren zu viel Ausbildungskapazitäten abgebaut wurden, aktuelle Landesregierung hat es nicht geschafft, eine Novellierung des HLbG in der Legislatur einzubringen; im Grundschulbereich spielen in der universitären Ausbildung inklusive Grundkompetenzen immer noch keine Rolle, die Zukunftsthemen müssen in der Aus- und Fortbildung einen Platz finden, planen die Vergütung für das Lehramt an Grundschulen auf A 13 anzugleichen, gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden, damit folgt auch die Angleichung von Studienzeiten, wollen 2. Phase nicht kürzen und vertreten eine Verankerung der

Studienseminare in der Fläche, um neue Lehrkräfte in die Fläche zu bringen, kurz gesagt: 1. Phase muss reformiert werden, 2. Phase soll belassen bleiben, aber mehr den Akzent auf die Prozessorientierung legen

- H. Greilich: FDP sieht in der letzten Legislatur vier verlorene Jahre, Grundparameter sind unstrittig, FDP spricht klar von Dreiphasigkeit, da die Fortbildung eine ebenso wichtige Phase ist, 21 Monate sollen bleiben, hier keine Kürzung wegen Lehrermangel, FDP wartet auf HLbG-Novelle, Inhalte in der universitären Ausbildung müssen verändert werden, hier deutlich mehr Praxisbezug herstellen, Praxissemester hat sich nicht als geeigneter Weg herausgestellt
- Fr. Faulhaber: Die Linke sieht grundsätzlich große, neue inhaltliche Herausforderungen, hat die Einphasigkeit diskutiert, Diskussion ist richtig, um eine andere, wünschenswerte Verbindung von Praxis und Theorie zu schaffen, die praktische Ausbildung erfolgt zu spät, um bei Nichteignung zu wechseln, Inhalte müssen an die Schülerinnen und Schüler gebracht werden, das muss Hauptziel der Lehrerbildung sein, auch soll nach Altersstufen und nicht nach Lehramt/ Schulform unterrichtet werden, Partei stellt sich klar gegen Desqualifizierung, in der Not braucht es Quereinsteiger, aber das ist keine Lösung, das Studium für das Lehramt an Grundschulen sollte 10 Semester betragen
- H. Greilich: Gehälter für Grundschullehrkräfte muss stufenweise angeglichen werden, veränderte Aufgaben und somit mehr Inhalt für die universitäre Ausbildung im Grundschulbereich, die Angleichung wird gut 5-10 Jahre brauchen
- H. Steinraths: gute Arbeit muss entlohnt werden, A 13 für Grundschullehrkräfte ist nicht geplant
- H. Hanack: Praxissemester?
- H. Wagner: Idee mehr Praxisbezug ist grundsätzlich richtig und wichtig, Modellversuch sollte ausgedehnt werden, Grünen wollen am Praxissemester festhalten
- H. Degen: SPD sieht auch die Bedeutung von Praxisbezug, Praxissemester ist aber zu früh im Studium angesetzt, sollte deutlich später sein – ca. 2. Hälfte des Studiums, denkbar auch ein zusätzliches Semester, den Oppositionsparteien wurde auf Nachfrage im Landtag die Zwischenevaluation zum Praxissemester nicht zur Verfügung gestellt
- Fr. Faulhaber: Die Linke will erreichen, dass die Phasen stärker ineinandergreifen, Studierende sollen frühzeitig in Kontakt zu Schulen kommen, um ihre Berufswahl zeitig überdenken zu können, Brüche sind nicht sinnvoll
- H. Greilich: Ressourcen an den Universitäten und Schulen müssen bereitgestellt werden, Studierende brauchen Heranführung an die Lehrertätigkeiten, kann man im 2. Semester nicht vor eine Klasse stellen, sollen begleitet werden bei Unterrichtsversuchen, Ziel ist die Selbstüberprüfung der Berufswahl, dazu braucht es eine frühzeitigere Selbstreflexion unter Begleitung
- H. Degen: Überprüfung ist wichtig, muss aber nicht an Praxissemester gekoppelt sein, so war das Konzept der Personalen Basiskompetenzen an der Uni Kassel sehr

erfolgreich, Aus- und Fortbildung ist der Motor für Schulentwicklung, die finanzielle Situation in Hessen ist gut, deshalb fordert die SPD Investitionen in die Lehrerbildung

- H. Wagner: Praxissemester im 7. Semester deutlich zu spät, Ziel ist es nicht, zu unterrichten, sondern das Kennenlernen des Berufsalltags zur Unterstützung einer bewussten Entscheidung, nur Unterricht verfehlt dann den eigentlichen Sinn eines Praxissemesters
- H. Hanack: Schneller Wandel der Gesellschaft: Wo muss Lehrerbildung sich entwickeln?
- H. Degen: Inklusive Grundkompetenzen, Deutsch als Zweitsprache, Jahrgangsübergreifendes Unterrichten, Unterrichten im multiprofessionellen Team, Ganztage, Demokratielernen, Nachhaltigkeit, Digitalisierung ... sind künftige Themen
- H. Steinrath: CDU sieht gleiche Themen, Themen müssen kontinuierlich aufgebaut werden, Bildungssprache Deutsch für heimische Kinder auch Schwerpunkt
- H. Greilich: FDP kommen die Grundfähigkeiten Lesen-Schreiben-Rechnen sowie Herausforderungen an die digitale Welt in der Diskussion zu kurz, Herausforderungen von Inklusion, kultureller Unterricht, familiäre Situation und soziale Hintergründe – Lehrkräfte können nicht alles alleine machen, daher muss ein Schwerpunkt auf der Arbeit im multiprofessionellen Team liegen, dies muss gelernt werden
- Fr. Faulhaber: Schule ist gleich Sozialraum mit allen gesellschaftlichen Problemen wie Mehrsprachigkeit; Sensibilität für Brüche, Einbeziehen von Eltern, Binnendifferenzierung, diagnostische Fähigkeiten sind hier wichtig, Die Linke vertreten einen weitgefassten Inklusionsbegriff, damit sind auch Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien eingeschlossen, trotz digitaler Medien sollte gemäß der Entwicklungspsychologie auch das Lernen mit Herz, Hand und Fuß eine Grundlage des Unterrichtens sein
- H. Hanack: Das alles in 10 Semestern und 21 Monaten?
- H. Wagner: Legen hier Finger in die Wunde, aber alle genannten Elemente sind schon Bestandteil der Lehrerbildung, nur muss eine neue Akzentuierung bzw. Kürzung bestimmter Bereiche, dieser Prozess soll in der nächsten Legislatur angegangen werden, wichtig sind vorrangig die Themen Inklusion, Ganztage und Arbeiten im Team, das muss mit den Universitäten besprochen werden, die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern steht klar im Fokus, mehr Didaktik wird nötig sein
- H. Greilich: Eine hessische Lehrkraft braucht eine solide fachliche und didaktische Grundlage, insbesondere das Lehramt für Gymnasien braucht mehr Fachlichkeit als die anderen Lehrämter, da der fachliche Anteil mit zunehmendem Alter der Schülerinnen und Schüler wächst
- H. Hanack: Die Lehrerbildung ist stark strukturiert – Umgang mit Seiteneinsteigern?

- H. Streinrath: Quereinstieg ist nicht gleich Quereinstieg, ist aber grundsätzlich im beruflichen Kontext gut einzubinden, da sie viel Praxiserfahrung mitbringen, Lehrerbildung muss sich hier öffnen, 2 Jahre sollten für eine Qualifizierung reichen, auch für Grundschule und Haupt- und Realschule machbar, dort ist aber der pädagogische Ansatz höher
- H. Hanack: 40-50 % der in der Grundschule Lehrenden ist nicht ausgebildet? Ist dieser Zustand vertretbar bzw. aushaltbar?
- H. Wagner: Situation ist leider so, die Notmaßnahmen haben alle Bundesländer, ist natürlich kein Dauerzustand, weshalb Die Grünen mehr in Fort- und Weiterbildung investieren wollen, auch der Personalstand der Studienseminare muss angeglichen werden
- H. Degen: SPD sieht in der aktuellen Situation ein sehr trauriges Thema, finde es dramatisch und sehe diese Entwicklungen für alle Schulformen, Hessen braucht Ehrlichkeit, nichtausgebildete Lehrende sind leider keine Einzelfälle mehr, auch SPD wird nicht auf Quereinstieg verzichten können, setzen aber auf einen klaren qualifizierten Quereinstieg und wollen hier in der Verantwortung die Studienseminare mitnehmen, die Sondermaßnahme ist gut angelaufen, die Bedingungen sind aber für alle Seiten zu belastend, es muss eine echte Perspektive geschaffen werden
- H. Greilich: FDP bewertet die Maßnahmen bisher nur als Notfallmanagement, für Berufswechsler müssen Modelle entwickelt werden, im Bereich der allgemeinbildenden Schulen muss es eine Nachqualifizierung geben, im beruflichen Bereich funktioniert der Quereinstieg gut, da diese Personen i.d.R. ca. 10 Jahre älter sind, muss eine finanzielle Absicherung erfolgen
- Fr. Faulhaber: Die Notlösungen sind in den Augen der Linken eine Notlösung als Folge vom Nichtzugeben von Lehrerbedarf der Landesregierung, Die Linke hat eine Studie in Auftrag gegeben, Prognose an Lehrerbedarf bis 2030 liegt deutlich höher als die der KMK und der Länder, fordern daher eine deutliche Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sowie Ressourcen zur Unterstützung und Entlastung der Mentorinnen und Mentoren, für den Quereinstieg muss eine berufs begleitende Qualifizierung eingerichtet werden, um die Qualität der Schule zu erhalten, es darf kein Lohndumping geben
- H. Hanack: Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder?
- H. Wagner: Hessen sollte in die Tarifgemeinschaft der Länder bei den Angestellten zurückkehren, im Bereich der Beamten wird es schwierig
- H. Greilich: FDP hatte den Austritt unterstützt, um flexibel auf Begebenheiten reagieren zu können, doch Sonderweg macht keinen Sinn, aber es ist kein einfacher Weg zurück
- Fr. Faulhaber: Wir sind für die Rückkehr
- H. Degen: Wir auch, wollen keine Kleinstaaterei, gerade ein geregeltes System ist wichtig
- H. Hanack: Konkurrenz der Länder um Lehrkräfteanwerbung?

- H. Degen: Wechsel der Bundesländer ist kein großes Thema, oft nur in Randgebieten z.B. Wiesbaden-Mainz
- H. Greilich: FDP sieht hier schon einen klaren Wettbewerb um die besten Köpfe, daher ist die Bedeutung der Arbeitsbedingungen ein wichtiger Faktor, Zufriedenheit sinkt, größere Zufriedenheit eher durch eine geringe Belastung der Lehrkräfte und einem fairen Umgang zu erreichen
- Fr. Faulhaber: Die Linke will einem Wettbewerb entgegenwirken, ist aber sehr schwierig, wollen eine Vergleichbarkeit der Ausbildung-Bezahlung-Inhalte, setzen ein großes Augenmerk auf Gleichheit
- H. Wagner: Länder haben sich in der KMK bekannt und wollen keine Abwerbe mehr betreiben, in anderen Bundesländern gibt es für das Lehramt an Grundschulen jedoch schon die A 13, daher wird das auch hier in Hessen kommen, trotzdem spielt die Arbeitsbelastung an den Schulen eine bedeutsame Rolle, dürfen die Lehrkräfte nicht alleine lassen, mit Einsatz von Sozialpädagogen schon angefangen, mehr Verwaltungspersonal zur Unterstützung von Lehrkräften soll folgen

Nachfragen aus dem Publikum:

- Frage: Quereinstieg – Qualifizierung – Mangel! Angst um HR-Bereich, weniger Zuweisung um Grundschullehrkräftemangel durch Sondermaßnahme aufzufangen, 135 Bewerber ohne Angebot.
- Als zusätzliche Qualifizierung im Bereich der Sondermaßnahme ist das Unterstützungsangebot zu knapp, brauchen mehr Unterstützung.
- Bitte um Stellungnahme!
- H. Degen: Uns ist nur bekannt, dass im gymnasialen Bereich Bewerber Wartezeiten bestehen, SPD favorisiert, Personen mit 1. Staatsexamen in den Quereinstieg zu schicken, dieser muss aber begleitet und entlastet werden
- H. Hanack: Systematisches Personalmanagement?
- H. Wagner: Gibt es, ist ja die Idee hinter der Weiterbildung Gymnasiallehrkräfte als Grundschullehrkräfte zu qualifizieren, Zahlen aus der Einstellung sind uns nicht bekannt
- Frage: Es kommen viele Aufgaben auf die Ausbilder und Mentoren zu, Anrechnungsfaktor ist zuungunsten der Ausbildung und Schule verändert worden, Überlastungsanzeigen sind schon da, Mentoren sind durch Quereinstieg deutlich mehr belastet. Wie sieht es mit den Anrechnungsfaktoren aus?
- Fr. Faulhaber: Die Belastung wird nicht vom HKM wahrgenommen!
- H. Greilich: Wahrnehmung der Realität ist nicht immer realistisch, gebe ehrliche Antwort: Es ist eine Abwägungsentscheidung, machen keine Versprechungen, wir

brauchen Verbesserungen, jedoch ist der Verteilungskampf nicht zu prognostizieren, für die Bildung muss aber mehr Geld in die Hand genommen werden

H. Degen: Gibt ja die Arbeitszeitstudie, Überlastung ein klares Thema

H. Wagner: Situation ist bekannt und wurde nicht korrigiert, das haben wir in der vergangenen Legislatur nicht geschafft, sind von Prioritätensetzung abhängig, gewünschte Maßnahmen wie Doppelsteckung werden eher nicht umgesetzt, da es ein Mehrbedarf an Lehrkräften bedeuten würden, die im Zeiten von Lehrermangel nicht da sind, wir wollen Entlastung durch andere Professionen schaffen

H. Degen: Wir beabsichtigen, durch bessere Arbeitsbedingungen Lehrkräfte in Teilzeit wieder zu Mehrarbeit zu bringen

Frage: Lehrkräfteausbildung für berufliche Schulen – sehe keine Ernsthaftigkeit in Bewerbung des Berufes, werden wenig Informationen ausgegeben, mittlerweile mehr Quereinstieg als reguläre Bewerber – wie wollen Sie strukturelle Bedingungen ändern?

H. Greilich: Mit 35 Jahren ist man Quereinsteiger, wir müssen Angebote entwickeln, dass es für diesen Personenkreis wirtschaftlich interessant ist, Berufswechsler müssen finanziell abgesichert werden

Fr. Faulhaber: Sehen nur Chance, wenn beworben wird, Arbeitsbedingungen sind eben nicht gut

H. Degen: Wir sehen eine Lösung in einer intensiven Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, für das berufliche Lehramt sollten Stipendien eingeführt werden

Frage: Stärkung der Demokratieerziehung? Was konkret?

H. Degen: Es wird zu wenig PoWi in den Hauptschulen unterrichtet, Thema Klassenrat müsste intensiviert werden und mehr Partizipation an den Schulen gelebt werden

Fr. Faulhaber: Wir wollen Bildung für alle, keine Elitebildung, dazu müssen die vorhandenen demokratischen Strukturen gestärkt werden, wir brauchen dringend mehr Elternarbeit und Flüchtlingsarbeit

H. Greilich: Stärkung des PoWi- Unterrichts sehen wir hier als zentralen Punkt, mehr Erziehung zu demokratischem Diskurs und Entscheidungsfindung, Demokratie ist ein fächerübergreifendes Thema

H. Steinraths: Kinder und Jugendliche müssen in Allgemeinbildung mehr gefördert und gefordert werden, d.h. mehr Demokratie leben und vorleben

H. Wagner: Auch wir sehen die Wichtigkeit der Stärkung von PoWi-Unterricht, die demokratischen Mitwirkungsstrukturen an den Schulen sollten mehr mit Leben erfüllt werden, dafür braucht es Zeit und Raum, ebenso sollte mehr die

Vermittlung von Wertschätzung, Respekt und Selbstwirksamkeit, die Öffnung von Schule sowie die Nutzung außerschulischer Lernorte gestärkt werden

Herr Böhne dankt den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern sowie dem Moderator.

Für das Protokoll:
Daniela Gerstner